

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Gerhard Jüttemann und der Gruppe der PDS

Gebührenerhöhungen bei der TELEKOM

Die TELEKOM hat ihre Absicht bekanntgegeben, Fernsprechgebühren in Telefonzellen auf privatem Grund vielerorts drastisch zu verteuern.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Kann die TELEKOM die von ihr angekündigten Gebührenerhöhungen ohne Genehmigung durch das Bundesministerium für Post und Telekommunikation realisieren?

Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage?

2. Falls die Gebührenerhöhungen genehmigungspflichtig sind, beabsichtigt das Bundesministerium für Post und Telekommunikation, die Genehmigungen zu erteilen?

Wenn ja, warum?

3. Wie bewertet die Bundesregierung den durch die Gebührenerhöhungen durchgesetzten Wegfall der Tarifeinheit im Raum?

Hält die Bundesregierung diese Tarifeinheit nicht mehr für notwendig?

In welchem Umfang kann die Tarifeinheit nach Meinung der Bundesregierung im Bereich der Telekommunikation weiter verletzt werden?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die angekündigten Gebührenerhöhungen (auch Ortsgespräche und Telefonauskunft sollen verteuert werden) hinsichtlich des bis jetzt auch von ihr selbst vertretenen Arguments, die Privatisierung werde zu fallenden Preisen führen?

Bonn, den 16. August 1995

Gerhard Jüttemann
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

